



N i e d e r s c h r i f t

Sozialausschuss

19. Wahlperiode - 9. Sitzung

am Donnerstag, dem 15. Februar 2018, 14:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Werner Kalinka (CDU)

Vorsitzender

Hans Hinrich Neve (CDU)

Katja Rathje-Hoffmann (CDU)

Andrea Tschacher (CDU)

Wolfgang Baasch (SPD)

Serpil Midyatli (SPD)

Birte Pauls (SPD)

Aminata Touré (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

i. V. von Dr. Marret Bohn

Dennys Bornhöft (FDP)

Dr. Frank Brodehl (AfD)

Flemming Meyer (SSW)

Weitere Abgeordnete

Bernd Heinemann (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (1. Teilhabestärkungsgesetz)	5
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/367	
2.	Ausbildung in den Gesundheitsfachberufen schulgeldfrei gestalten	6
	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/437	
	Gesundheitsfachberufe fördern	6
	Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/479	
	Antrag der Abg. Birte Pauls (SPD) Umdruck 19/639	
3.	Verschiedenes	7

Der Vorsitzende, Abg. Kalinka, eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Zu Tagesordnungspunkt 1 weist Abg. Tschacher auf die in der letzten Woche stattgefundenene Anhörung hin, durch die sich für sie noch Beratungsbedarf zum 1. Teilhabestärkungsgesetz ergeben habe. Aus diesem Grund plädiere sie dafür, den Tagesordnungspunkt zu vertagen.

Abg. Baasch legt dar, dass sich auch für seine Fraktion Beratungsbedarf ergeben habe. Aus Sicht seiner Fraktion stellten sich noch Fragen, die er schriftlich der Ausschussgeschäftsführung zuleiten werde (Umdruck 19/662). Ihn interessiert unter anderem, ob die Landesregierung die Gründung einer Landesarbeitsgemeinschaft vornehmen wolle, deren Fehlen von mehreren Anzuhörenden zum 1. Teilhabestärkungsgesetz moniert worden sei. - Staatssekretär Dr. Badenhop bietet an, die Fragen schriftlich zu beantworten.

Der Ausschuss kommt überein, den Punkt von der Tagesordnung abzusetzen.

Zu Tagesordnungspunkt 2, Ausbildung in den Gesundheitsfachberufen schulgeldfrei gestalten, legt Abg. Rathje-Hoffmann dar, dass im Hinblick auf den Antrag der SPD und den Alternativantrag der Koalitionsfraktionen zu den Gesundheitsfachberufen die Koalition ebenfalls noch Beratungsbedarf habe. Zudem solle man aus ihrer Sicht den Abschluss der Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene abwarten.

Abg. Pauls äußert Verständnis im Hinblick auf den Beratungsbedarf, jedoch sei aus ihrer Sicht nicht nötig, die Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene abzuwarten, zumal der im Koalitionsvertrag von 2013 beschlossene Plan, eine Kostenfreiheit der Ausbildung in Pflegeberufen durchzusetzen, erst im Spätsommer 2017 umgesetzt worden sei. Sie kündigt an, eine schriftliche Anhörung zu dem Thema beantragen zu wollen, um die Fachkenntnisse aus den Verbänden im Ausschuss zur Verfügung zu haben.

Abg. Bornhöft spricht sich dafür aus, die Abstimmung der SPD über den Koalitionsvertrag auf Bundesebene abzuwarten und gegebenenfalls dann eine schriftliche Anhörung zu beschließen. - Abg. Pauls wiederholt, aus ihrer Sicht spreche nichts gegen den Beschluss einer schriftlichen Anhörung zum jetzigen Zeitpunkt.

Abg. Dr. Brodehl weist auf die Zweiteilung des Koalitionsantrages hin, ein Teil sei auf Informationsbeschaffung ausgerichtet. Aus seiner Sicht spreche ebenfalls nichts dagegen, bereits jetzt eine schriftliche Anhörung zu beschließen.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktion gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen beschließt der Ausschuss, den Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung abzusetzen.

1. Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (1. Teilhabestärkungsgesetz)

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 19/367](#)

hierzu: [Umdrucke 19/400](#), [19/486](#) (neu), [19/523](#), [19/565](#), [19/591](#),
[19/592](#), [19/612](#), [19/622](#)

Dieser Tagesordnungspunkt wird von der Tagesordnung abgesetzt.

2. Ausbildung in den Gesundheitsfachberufen schulgeldfrei gestalten

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/437](#)

Gesundheitsfachberufe fördern

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 19/479](#)

(überwiesen am 24. Januar 2018)

Antrag der Abg. Birte Pauls (SPD)

[Umdruck 19/639](#)

Dieser Tagesordnungspunkt wird von der Tagesordnung abgesetzt.

3. Verschiedenes

Abg. Pauls thematisiert, dass sich ohne ihren Antrag nur ein Punkt auf der Tagesordnung des Sozialausschusses befunden habe. - Der Vorsitzende weist auf eine potenziell ausführliche Beratung der Anhörung zum 1. Teilhabestärkungsgesetz und ihrer Ergebnisse hin.

Der Vorsitzende schlägt vor, zu der Sitzung am 3. Mai 2018 der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten Gelegenheit zu geben, den Bericht ihrer Dienststelle und der Antidiskriminierungsstelle vorzustellen. Zum gleichen Termin könne auch der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung eingeladen werden, seinen Tätigkeitsbericht vorzustellen. Er weist darauf hin, dass die Landesregierung zu diesem Termin und auch zu dem für den 28. Juni vorgesehenen Sitzungstermin aufgrund parallel stattfindender Termine auf Bundesebene eine Präsenz der Hausspitze nicht sicherstellen könne. Deshalb regt er an, in der Sitzung am 15. März 2018 gegebenenfalls über die Möglichkeit zu diskutieren, am 28. Juni 2018 eine auswärtige Sitzung durchzuführen.

Der Vorsitzende, Abg. Kalinka, schließt die Sitzung um 14:20 Uhr.

gez. Werner Kalinka
Vorsitzender

gez. Thomas Wagner
Geschäfts- und Protokollführer